

Niedrigere Löhne, höhere Arbeitslosigkeit: Die perversen Effekte der Rentenreform. Sozialer Rückschritt

von Ludovic Simbille



„Ich nicht noch mehr arbeiten – ich will Zeit zum Leben haben!“

Frühere Verschiebungen des Renteneintrittsalters haben die Ausgaben für Gesundheit und Sozialleistungen erhöht. Die Folgen des Anstiegs auf 64 Jahre werden voraussichtlich noch katastrophaler sein.

Damiens Rente wurde nicht lange ausgezahlt. Als junger Elektrikerlehrling arbeitete er zunächst auf Baustellen für Privatpersonen - manchmal auch für Stars - und später als Zeitarbeiter an den Kulissen von Fernsehsendungen. Er wurde sogar zum beliebten Bühnenmeister eines Theaters in der Region Paris. Aufgrund seiner Herzinsuffizienz kann er nicht mehr auf Leitern steigen, um einen Projektor einzustellen oder eine Gelatine zu wechseln. Als sein Arzt ihn krankschreibt, rückt die Rückkehr an den Arbeitsplatz in weite Ferne. Er wird durch einen Jüngeren ersetzt. Schließlich unterschreibt Damien einen Vertrag über die Beendigung des Arbeitsverhältnisses. Mit 62 Jahren ist

er kein Meister des Papierkrams und es dauert lange, bis er alle Dokumente gefunden hat, die er für den Abschluss seines Dossiers benötigt. Eines Tages im Jahr 2021 steht der "kleine Arbeiter", wie er sich selbst gerne nannte, zu seiner gewohnten Zeit auf. Ein starker Schmerz in seiner Schulter, über den er seit einigen Tagen klagte, packte ihn und dann brach er gegen den Tisch zusammen. Die Sanitäter konnten nichts mehr tun. Damien starb in seinem 63. Lebensjahr. Einige Monate, nachdem er seine erste monatliche Zahlung aus der Rentenkasse erhalten hatte.

Ein Arbeiter stirbt im Durchschnitt zehn Jahre vor einem höheren Angestellten.

Wie Damien sind viele von ihnen tragische Beispiele für die CGT-Parole von 1910: "Nein zur Rente für die Toten!". Bei den über 55-Jährigen sind die Arbeitsunfälle zwar weniger häufig, aber deutlich schwerer als der Durchschnitt. Ältere Menschen sind anfälliger für Berufskrankheiten und bleibende Behinderungen. Dies gilt insbesondere für diejenigen, die in den schwersten Berufen arbeiten.

Ein Arbeiter stirbt im Durchschnitt zehn Jahre vor einem leitenden Angestellten. Im Gegensatz zu dem, was einige macronistische Abgeordnete glauben machen wollen, ist es also nicht harmlos, zwei Jahre länger zu arbeiten. Die französische Krankenkasse [Mutualité française](#) ist sogar so besorgt, dass sie eine Ausweitung der Frühverrentung und eine bessere Berücksichtigung von Härtefällen fordert.

Ihr Vorsitzender, Eric Chenut, hat kürzlich die Kosten des durch die Rentenreform verursachten Anstiegs der Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten beziffert. Das Ergebnis: 10 Milliarden Euro, davon 8 Milliarden Euro für Invaliditätsrenten. Besteht die Gefahr, dass die 17 Milliarden, die die Regierung mit ihrem Gesetzentwurf bis 2030 zu erwirtschaften hofft, um die mögliche Lücke in der Rentenversicherung (12 Milliarden) zu schließen, von anderen für Pflege und Leistungen ausgegeben werden? Wie viele Leben wird dieses Gesetz schwächen?

160.000 mehr Menschen mit eingeschränkter Erwerbsfähigkeit

Laut der [Statistikabteilung](#) des Gesundheitsministeriums (Dress) würde eine Verlängerung der Arbeitszeit um zwei Jahre dazu führen, dass mindestens 160.000 Menschen zusätzlich invalide werden. Um sich davon zu überzeugen, genügt ein Blick in die Vergangenheit.

Forscher des Conservatoire national des arts et métiers (Cnam) weisen in einer im Februar veröffentlichten [Studie](#) auf einen "erheblichen Anstieg" der Ausgaben für krankheitsbedingte Fehlzeiten von über 60-Jährigen nach der von

Nicolas Sarkozy 2010 durchgesetzten Verschiebung auf 62 Jahre hin. Die Mehrkosten beliefen sich auf 68 Millionen Euro.

"Schleuse der Prekarität".

Wer nicht krankgeschrieben ist, läuft Gefahr, seine Frühverrentung bei der Arbeitsagentur Pôle Emploi zu verbringen. Die Zahl der Entlassungen wegen mangelnder Eignung steigt ab 59 Jahren stark an. Dasselbe gilt für vertraglich vereinbarte Kündigungen. Und ein Teil der Nichterwerbstätigkeit "könnte sich durch Gesundheitsprobleme erklären lassen, die mit zunehmendem Alter häufiger auftreten", erklärt die Unédic, die Verwaltungsstelle der Arbeitslosenversicherung, in einer diesen März erschienenen Studie [1]. Dies belastet übrigens mit 400 Millionen Euro den Verbleib von ausgesteuerten Leistungsempfängern in der Arbeitslosigkeit bis zu ihrem Übergang in die Vollrente. Nach dem 60. Lebensjahr sind zwei Drittel der Erwerbstätigen derzeit nicht erwerbstätig. Und jeder zweite Erwerbstätige ist zum Zeitpunkt des Renteneintritts nicht mehr angestellt.

Diejenigen, die nicht im Krankschreibungsstatus sind, laufen Gefahr, ihren Vorruhestand bei der Arbeitsagentur Pôle Emploi zu verbringen. Sie werden als "NER" bezeichnet. In Frankreich gibt es bereits 1,4 Millionen dieser "Ni emploi ni retraite", vorwiegend Frauen. Ein Drittel von ihnen lebt unterhalb der Armutsgrenze. "Eine weitere Verschiebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters wird zwangsläufig die Schleuse der Prekarität verlängern, in der die über 60-Jährigen bereits gefangen sind", kritisiert die [CGT](#). "Eine Verschiebung des gesetzlichen Rentenalters würde sowohl die Einnahmen als auch die Ausgaben der Arbeitslosenversicherung erhöhen", so die Unédic in ihrer neuen Studie. Mit einem "unsicheren Saldo", positiv oder negativ, von mehreren hundert Millionen Euro pro Jahr.

Kumulative Auswirkungen der Rentenreform und der Arbeitslosigkeit.

Nachdem er sein ganzes Leben in den Restaurants des Südwestens verbracht hat, wird

Mickaël aufgrund seiner Gesundheit zu einem dieser "NER". Der Koch, der im Team eines Gourmetrestaurants angestellt war, ist heute arbeitslos. Mit 61 Jahren, abgenutzt und mit Bandscheibenvorfällen belastet, kann er das Tempo und den Rhythmus in der Küche nicht mehr halten. Das Problem: Die jüngsten Arbeitslosenreformen, darunter die Reform vom Februar 2023, verkürzen die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld und die Möglichkeit, Ansprüche bei Pôle emploi anzumelden, drastisch. Die kumulativen Auswirkungen der beiden Gesetze, zur Arbeitslosenversicherung und zur Rente, werden katastrophal sein, warnen Wirtschaftswissenschaftler und Soziologen in einem [Gastbeitrag](#). Es wird eine "doppelte Strafe für die Prekarität" sein.

Mickaël gehört zu den ersten, die von dieser Gesetzeskombo betroffen sind. Seine kurzen Verträge, seine saisonalen Aufträge, die von Pausen und Schwarzarbeit unterbrochen werden, machen es ihm unmöglich, Anspruch auf eine angemessene Arbeitslosenunterstützung zu erheben. Oder auf eine Rente, die immer länger auf sich warten lässt. Aufgrund seiner lückenhaften Karriere wird der 60-Jährige zwischen Mindestaltersrente und schwierigen Gelegenheitsjobs hin und her wechseln müssen, wobei er wie eine halbe Million Senioren Arbeit und eine - bescheidene - Rente kumuliert. Bis dahin muss Mickaël von der Hand in den Mund leben.

Wird die Zahl der RSA-Bezieher explodieren?

Ohne Arbeit, Rente oder Arbeitslosengeld könnten 100.000 Menschen in die soziale Mindestsicherung abrutschen. Die [Departementsräte](#), die das RSA finanzieren, befürchten eine "Explosion" der Zahl der Empfänger. Dies war bereits eine der Folgen der Anhebung des Renteneintrittsalters auf 62 Jahre: 80 000 mehr Empfänger. 2019 alarmierte der Rechnungshof über die Mehrkosten der RSA-Beträge, die 60- bis 64-Jährigen infolge des Gesetzes von 2010 ausgezahlt wurden: + 157 % in 10 Jahren. Für die Borne- und Macron-Version der Rentenreform

prognostiziert der Dress für alle Leistungen zusammen - ohne Arbeitslosenversicherung - insgesamt 3,6 Milliarden Euro zusätzliche Ausgaben für soziale Minima innerhalb eines Jahres [2].

Alle diese "Neo-RSAisten" müssen sich ihre 598 Euro monatlich erst einmal verdienen, indem sie 20 Stunden "kostenlose Arbeit" verrichten, wie es das kommende "Gesetz Frankreichs zur Arbeit" vorsieht. Dazu kommt noch die doppelte Strafe, auf die der Rechnungshof hinweist: "Ihre Bezugszeiten führen nicht zu Beiträgen zur Rentenversicherung". Die von der Regierung garantierten 1200 Euro pro Monat rücken in noch weitere Ferne...

Ein weiterer perverser Effekt oder eine Dreifachbestrafung: ein schlechter Gesundheitsschutz. Wenn sie aus dem Arbeitsleben ausscheiden, ohne schnell in den Ruhestand gehen zu können, verlieren die ehemaligen Arbeitnehmer ihre Garantien, die an die Krankenkassen der Unternehmen gebunden sind, die günstiger sind als die individuellen Verträge [3].

In dieser verlängerten "Prekaritätsschleuse" gefangen, werden sie für ihre Krankenkassen den vollen Preis zahlen müssen. Und die Preise für Zusatzversicherungen steigen immer weiter. In diesem Jahr sind sie um weitere 7 % gestiegen, kritisiert die [UFC-Que choisir!](#) Je älter man wird, desto mehr braucht man eine Zusatzversicherung und desto teurer wird sie. "Selbst eine Person, die 1200 Euro im Monat verdient, kann nicht 150 Euro im Monat für eine Krankenkasse bezahlen", erklärt der Vorsitzende einer Gruppe von Krankenkassen.

Ein "Kollateralschaden"?

Diese Prekarisierung ist laut François Ruffin kein "Kollateralschaden", sondern "ein Vorteil, der gezogen wird". "Diese Reform ist nicht für die Arbeitnehmer und für die Rentner gemacht. Sie ist für die Märkte und die Finanzwelt gemacht", sagte er am 5. März auf Europe 1. Der LFI-Abgeordnete aus dem Departement Somme stützte sich auf eine [Studie](#) des französischen Observatoriums für Wirtschaftskonjunktoren

(OFCE), der zufolge das Vorhaben der Regierung zu einer allgemeinen Schwächung der Löhne um 0,3 % führen könnte. In der neoliberalen Sichtweise würde diese Senkung der "Arbeitskosten" das Wachstum und die Beschäftigung fördern.

In Frankreich gibt es bereits 1,4 Millionen "Weder-Job-noch-Rente"-Leute, die meisten von ihnen Frauen. Ein Drittel lebt unterhalb der Armutsgrenze.

Der Senat ist dem Thema zuvorgekommen und hat für die Einführung eines "CDI senior" gestimmt. Ein spezieller Vertrag für über 60-Jährige, der um den Familienbeitrag gekürzt wird, um die Unternehmen zu beruhigen, die eher dazu neigen, sich von ihren älteren Mitarbeitern zu trennen. Seit 2013 steigt die [Zahl der vorzeitigen Abgänge](#) sprunghaft an. Bei 81 % der älteren leitenden Angestellten würde die Vertragsauflösung auf [Initiative des Arbeitgebers](#) erfolgen, berichtet Pôle Emploi. Die Regierung hat sich zwar aufgrund der Kosten von 2,2 Milliarden Euro aufgrund der Sozialabgabenbefreiung "skeptisch" geäußert, bleibt aber grundsätzlich offen für diesen Vertrag. Voraussetzung sei, dass der Unterschied zwischen diesem "Laufbahnende"-Vertrag und dem klassischen unbefristeten Arbeitsvertrag "besonders ausgeprägt" sei.

"Es ist schon gut, 62 Jahre zu erreichen!"

Was wäre, wenn die Arbeitgeberbeiträge nach dem Alter gestaffelt würden, wie es das liberale Institut Montaigne befürwortet? Der Arbeitgeber hätte einen Anreiz, unter 30-Jährige und über 55-Jährige einzustellen, da die Beiträge für diese Altersgruppen niedriger wären. Das würde die Kassen der Sozialversicherung nicht füllen und könnte den Generationenwettbewerb zwischen den Arbeitnehmern verschärfen.

"Es geht darum, sich bewusst zu werden, dass es die gleiche Gewalt [wie andere Diskriminierungen, Anm. d. Red.] ist, wenn das Alter zu einer Variablen für die Steuerung des Arbeitsmarktes wird", erklärt Bernard Friot in seinem neuesten Buch [4]. Es ist nicht auszuschließen, dass das

Verbot, vor dem 64. Lebensjahr in Rente zu gehen, "nicht positive Auswirkungen" auf die Jugendarbeitslosigkeit hat, wie es der Conseil d'orientation des retraites euphemistisch formuliert.

Zwischenzeitlich vervielfachen Jung und Alt das [Hin- und Herpendeln](#) zwischen Arbeitslosigkeit und Erwerbstätigkeit. Unter diesen Bedingungen wird es unmöglich, die Kriterien für die Anzahl der Jahre und Quartale zu erfüllen, um die vollen Ansprüche zu erwerben. Es kommt immer seltener vor, dass man zum vollen Satz in Rente geht: Der Anteil der Rentner mit einer vollständigen Laufbahn nimmt tendenziell ab [5].

"Wenn man selbst in Schwierigkeiten ist und eine gebrochene Karriere hat, ist es schon gut, 62 Jahre zu erreichen!" Im Jahr 2019 war sich dieser vehemente Kritiker des Heraufsetzens des Renteneintrittsalters des Problems bewusst. Er fügte [auf der Bühne von France 2](#) hinzu: "Wenn man das gesetzliche Rentenalter verschiebt, sagt man den Leuten, dass sie länger arbeitslos bleiben. Das ist nicht richtig!" Sein Name war Emmanuel Macron.

Anmerkungen

[1] Siehe dieses [Dokument](#).

[2] Siehe dieses [Dokument](#).

[3] Bei Beendigung des Arbeitsvertrags sieht Artikel 4 des Évin-Gesetzes vom 31. Dezember 1989 die Möglichkeit vor, die Garantien seiner betrieblichen Zusatzversicherung beizubehalten. Der Arbeitgeber trägt nicht mehr 50 % des Tarifs bei, aber das Dekret vom 21. März 2017 verpflichtet zu einer über drei Jahre gestaffelten Deckelung der Tarife.

[4] Prenons le pouvoir sur nos retraites (Die Macht über unsere Renten ergreifen), Bernard Friot, La Dispute, 2023.

[5] Laut einer [Mitteilung des Gesundheitsministeriums](#).

Originaltext: <https://basta.media/baisse-des-salaires-hausse-du-chomage-les-effets-pervers-de-la-reforme-des-retraites>